



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/78

1. April 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zur Wahlsituation in Schlesw.-Holst.	S.1
Kalte Internationalisierung der Ruhr	S.3
Vorstoss des Intern.Fr.Gew.Bundes	S.4
Dem Gedenken E.Heilmanns (3.April)	S.5
Saar-Haltung der SPD unverändert	S.6
AFOI-Telegramm an Dr.Schumacher	S.6

Auf den Deichen der Demokratie

R.G. Schleswig-Holsteins Küsten sind ständig vom Meere bedroht. Wenn es auf seine Deiche nicht achtet, werden die Fluten den grössten Teil seines fruchtbarsten Landes vernichten. Schleswig-Holstein ist immer in Gefahr. Das ist das äussere Bild. Das innere ist

nicht anders. Seit nach 1945 der Flüchtlingsstrom die Bevölkerung nahezu verdoppelte - auf 100 Einheimische kommen heute 72 Heimat-

vertriebene - wurde das Land wirtschaftlich bis zum Ruin getrieben. Schleswig-Holstein hat die grössten Soziallasten, die höch-

sten Arbeitslosenziffern und die niedrigsten Steuereinnahmen unter allen Bundesländern. Es befindet sich immer am Rand einer

Krise, es ist ständig in Gefahr.

Eine solche Situation ist kein gesunder Nährboden für das Wachsen einer Demokratie, und so ist es zu verstehen, dass radika-

le Elemente, wie zum Beispiel Herr Hedler, oft genug ein leichtes Spiel haben. Der Fall Hedler ist ein Warnungssignal. In Schleswig-

Holstein muss die Demokratie für ganz Deutschland verteidigt werden.

Auf diesen Tatsachen gründen sich die Vorbereitungen, die jetzt die schleswig-holsteinische SPD für den Wahlkampf trifft. Sie war

bisher die stärkste Partei des Landes, hatte die absolute Mehrheit und bildete allein die Regierung. Sie steht auch im Wahlkampf al-

lein, nicht als eine Partei von vielen - wie der Fraktionsvorsitzer.

Oberbürgermeister Gayk, vor kurzem auf dem Bezirksparteitag in Neumünster erklärte - sondern als eine Partei gegen alle. Denn alle anderen Parteien haben eine gemeinsame Parole: Brechung der sozialdemokratischen Vorherrschaft. Die CDU verband sich mit der FDP und der DP, zu der bis vor kurzem noch Hedler gehörte, zu einem Wahlblock. Sie will das Wahlgesetz des Landes, das die Bildung von Wahlgemeinschaften nicht zulässt, umgehen, indem sie mit den beiden anderen Parteien zwar in den einzelnen Wahlkreisen drei verschiedene Kandidaten aufstellen lässt, von denen jedoch nach einem vereinbarten Schlüssel nur einer gemeinsam zu wählen ist. Von den drei Kandidaten wären dann zwei jeweils nur Strohmannen.

Die CDU geht aber mit ihren Verbündeten noch weiter; sollte man das geschilderte Vorgehen als unfair bezeichnen, so will sie auf die Aufstellung einer Landesliste verzichten und sich auf einen Kandidaten in jedem Wahlkreis beschränken, in der Hoffnung, durch die direkte Wahl soweit zum Zuge zu kommen, dass sie die Reststimmen verloren geben kann. Neben dem Wahlblock CDU-FDP-DP steht als Gegner im Wahlkampf noch die DRP da, die durch Hedlers Beitritt in einzelnen Wahlkreisen ins Gewicht fallen könnte. Ausserdem tritt eine Flüchtlingspartei auf, die als völlig unbekannter Faktor zu werten ist.

Es ist sicher, dass die sozialdemokratische Regierung in Schleswig-Holstein Ungeheures geleistet hat, und sie wird nicht versäumen, im Wahlkampf auf diese Leistungen hinzuweisen. Es ist ebenso sicher, dass in diesem allzu bedrohten und allzu belasteten Land auch die grössten Anstrengungen nicht ausreichen konnten, um restlos das Elend zu beseitigen. 30.000 Wohnungen wurden im verflissenen Regierungszeitraum geschaffen, das ist eine erfreuliche Zahl; 300.000 fehlen, das ist eine hoffnungslose Zahl. Das ist ein winziges Beispiel aus einer Fülle von Problemen. Einer der wirksamsten Erfolge ist das Abkommen mit Dänemark. Damit hat die sozialdemokratische Regierung die nördliche Grenze Deutschlands verteidigt und den Grenzkampf auf das friedliche Feld der Sozial- und Kulturpolitik verlegt.

Formal mag das Wahlabkommen zwischen CDU, FDP und DP den Anschein einer demokratischen Handlungsweise haben; in Wirklichkeit ist es ein den echten politischen Kampf verwischender, also gegen die Demokratie gerichteter Akt, der nur dem Rechtsradikalismus nützen kann. Die SPD steht allein, um inmitten der hereinbrechenden Radikalisierung die Deiche zu schützen; denn - das ist ein Teil der Wahlparole - ganz Deutschland ist gefährdet, wenn in Schleswig-Holstein die Deiche der Demokratie brechen.

Kalte Internationalisierung der Ruhr

R.D. Nach den nur spärlich durchsickernden Informationen über die Arbeiten alliierter Experten an der Umformung des Gesetzes 75 ist noch nicht zu ersehen, welche neuen Situationen sich für Westdeutschland aus dieser Neufassung ergeben werden. Es hat aber den Anschein, als sollte der ursprüngliche Charakter dieses Gesetzes völlig verändert werden. Zunächst war vorgesehen, die deutsche Montanindustrie so umzubauen, dass jede neue wirtschaftliche und politische Machtkonzentration in Zukunft unmöglich gewesen wäre.

Die Präambel des Gesetzes 75 lautete bisher: "Die Militärregierungen haben beschlossen, die endgültige Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie einer aus freien Wahlen hervorgegangenen, den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringenden deutschen Regierung zu überlassen. Die Militärregierungen haben ferner beschlossen, die Wiederherstellung von Eigentumsverhältnissen, aus denen sich eine übermäßige Konzentration von Wirtschaftskraft ergeben würde, nicht zuzulassen".

Diese Fassung liess jede Eigentumsregelung im Sinne einer freien deutschen Entscheidung offen. Sie ermöglichte sowohl die Reprivatisierung der Werke, als auch ihre Übernahme in Länder- oder Bundes-eigentum oder auch ihre Sozialisierung in selbständige, untereinander konkurrierende Gesellschaften. Frankreich hat gegen diese Fassung von vornherein Einwände erhoben. Hauptargument war, eine Verstaatlichung der Montanindustrie sei eine neue, noch stärkere Machtkonzentration und aus Gründen der Sicherheit untragbar. Frankreich sträubte an, unbeschadet des persönlichen Eigentums an den Werken, sie allein und für immer einer internationalen Aufsichtsbehörde zu unterstellen. Fällt die derzeitige Präambel, die die gegenwärtige Aufsicht der Alliierten auf den Komplex der Entflechtung beschränkt, ohne das alleinige Eigentums- und Verfügungsrecht Deutschlands in Zweifel zu ziehen, so besteht die Gefahr, dass Frankreich seinen Willen zur Internationalisierung - die bereits diskutiert, aber mangels Einbeziehung der übrigen europäischen Schwerindustrie ungelöst geblieben war - auf diesem kalten Wege doch noch durchsetzt.

Gegenüber einer solchen Regelung wäre aller Streit um die Rechtspersönlichkeit der einzelnen Unternehmen, d.h. um die Eigentumsfrage

auf deutscher Seite, zweitrangiger Natur. In jedem Falle würden die Besitzer der Unternehmen oder ihre Leitungen Befehlsträger einer Behörde sein, die ihre Weisungen nicht nach den Gesichtspunkten deutscher wirtschaftlicher Notwendigkeiten erteilt, sondern nach den widerstreitenden Interessen mehrerer Nationalwirtschaften. Das ist bereits bei der Erörterung des Ruhrstatuts gesagt worden. Während aber bisher aus dem Bestand der Präambel zum Gesetz 75 eine langsam voranschreitende Normalisierung im Sinne der Zurückgewinnung der wirtschaftlichen und politischen Souveränität erhofft werden konnte, würde ihre Veränderung in der angedeuteten Richtung als ein bedenklicher Rückfall in die unversöhnliche Atmosphäre der ersten Nachkriegstage gewertet werden müssen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Gewerkschaften, sollte man ihnen die Gelegenheit nehmen, in dieser entscheidend wichtigen Frage rechtzeitig ein bestimmendes Wort mitzureden, verhalten werden.

- o - a -

Solidarity: einziger Weg

"Solidarity - not Charity" stand auf den Paketen geschrieben, die als erste private Lebensmittelspenden nach 1945 aus den amerikanischen Gewerkschaftsbüros nach Deutschland gelangten. Die Gewerkschaftler des Westens gingen voran mit der Forderung, den demokratisch verwalteten Teil Deutschlands an das ERP anzuschliessen. Stets mahnten sie die Politiker ihrer Länder, Kollektivgefühle des Krieges abzulegen und nicht durch Demontagen oder diskriminierende Verfügungen die demokratischen Kräfte in Deutschland zu schwächen. Durch ihre kühne und von allen Ressentiments freie Haltung sind die grossen demokratischen Gewerkschaften - nicht nur im Falle Deutschlands - zu Schrittmachern einer Politik der Vernunft und des guten Willens geworden. Konsequenz in ihrer Verbundenheit mit den gutwilligen arbeitenden Menschen überall in der Welt, konsequent aber auch im Kampf gegen alle, die den Volkswillen zu vergewaltigen trachten, gegen die Träger totalitärer Staatssysteme.

Mit seinem arg zerbröckelten Weltgewerkschaftsbund ist indessen der Krenl noch immer in Westeuropa aktiv, zur Sabotage am ERP und an der Verteidigungshilfe trommelnd. Ewig scheinen die Demokratien in Abwehrhaltung verharren zu wollen. Wo es den Politikern an staatsmännischer Phantasie zu fehlen scheint, da ergreifen wieder einmal Gewerkschaftler die Initiative. Bei seinem Empfang in Washington hat der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften

- gegründet Dezember 1949 in London - der Holländer J.H.Oldenbroek erklärt, man müsse auch den Arbeitern in den kommunistischen Ländern jede nur mögliche moralische und materielle Unterstützung angedeihen lassen. Er erinnerte an seine Untergrundarbeit im nazistischen Deutschland: "Die gleiche Arbeit werden wir hinter dem Eisernen Vorhang leisten können". Oldenbroek will aus der Verteidigung heraus; er will den Arbeitern in Polen, in der CSR, in Rumänien und in Ungarn, die keine Kommunisten sind, die Solidarität der freien Menschen beweisen. Mittel und Wege, dieses Ziel zu erreichen, werden nicht leicht zu finden sein. Aber man muss unaufhörlich danach suchen. Denn dies ist der einzige Weg, der die Völker der Welt in eine Zukunft frei von Furcht und Not führen kann.

- o - o -

Dem Gedenken Ernst Heilmann

sp. Am 3. April 1940 wurde Ernst Heilmann im Kz Buchenwald ermordet. Er war in der Zeit seiner politischen Wirksamkeit einer der bestgehassten Männer bei den Nationalsozialisten und sie haben ihm das in der Zeit seiner Haft auf so brutale Weise gezeigt, wie kaum einem anderen. Man hat ihn durch die Lager Papenburg, Esterwegen, Sachsenhausen und Dachau geschleppt und ihn im wahrsten Sinne des Wortes langsam hingemordet. Darüber hat Wolfgang Langhoff in seinen "Moorsoldaten" erschütternd berichtet.

Schon als Student schloss sich Heilmann der Sozialdemokratie an, obwohl er, bürgerlicher Herkunft, dadurch schliesslich seine juristische Laufbahn aufgeben musste - zum Assessorexamen liess man ihn nicht mehr zu. Er wurde dann Journalist, unter anderem war er später Chefredakteur der Chemnitzer "Volksstimme", danach Herausgeber der "Sozialistischen Korrespondenz", schliesslich freier Schriftsteller. Seit 1919 war er Mitglied des Preussischen Landtages, in dem er bald den Vorsitz in der sozialdemokratischen Fraktion übernahm. Dem Reichstag hat er seit 1928 angehört.

Ernst Heilmann war ein unermüdlicher Kämpfer für den Sozialismus, ein Idealist mit tiefem Glauben an die Richtigkeit und die Wirksamkeit seiner politischen Überzeugung, ein mutiger Mann, der jederzeit bereit war, für sie auch durch die Tat einzutreten. Von ihm selbst stammt der Satz, den er einmal als Journalist schrieb, ohne dass er wusste, wie sehr er einmal für ihn selbst zutreffen sollte: "Für eine Idee zu leben ist gewiss schön und vernünftig, aber für sie zu sterben ist grösser".

- o - o -

SPD-Standpunkt zur Saarfrage unverändert

hat

sp. Die letzte Phase der Europa-Diskussion in der Öffentlichkeit, aber auch in gewissen persönlichen Gesprächen in politischen Kreisen erneut die Auffassung laut werden lassen, es sei im Hinblick auf das deutsche Verhältnis zur Europa- und zur Saarfrage doch in den letzten Tagen eine neue Situation entstanden. Auch die Sozialdemokratie werde sich wohl auf die Dauer dieser Tatsache nicht verschliessen können und sich zur Revision ihrer bisherigen Auffassung entschliessen müssen.

Wie wir von massgebender Seite der Sozialdemokratischen Partei erfahren, gehen solche Vermutungen völlig fehl. Die SPD sieht keine Veranlassung, ihren verschiedentlich und mit grossem Nachdruck vor der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Standpunkt aufzugeben (oder nur zu revidieren. Sie steht nach wie vor und ohne Einschränkung zu den Auffassungen, die der Vorsitzende der Partei, Dr. Kurt Schumacher, in seiner Rede zur Saarfrage am 10. März im Bundestag vorgetragen und begründet hat und die in ihrem Kern auf die Feststellung hinausliefen, dass ein gleichzeitiger Beitritt der Westdeutschen Bundesrepublik und des Saargebietes zum Europa-Rat nicht die Zustimmung der SPD finden könne. Daran haben weder die bekannten drei Bedingungen des Bundeskanzlers, noch die Einladung der fremden Mächte an die Bundesregierung, nach Strassburg zu gehen, etwas geändert.

- 8 - 6 -

AFoL an Schumacher.

Die AFoL, die grösste nordamerikanische Gewerkschaft, hat folgendes Telegramm an Dr. Kurt Schumacher gerichtet:

"Die amerikanische Federation of Labor begrüsst die energische, kompromisslose Reaktion der deutschen demokratischen Arbeiterorganisationen im Falle Hedler gegen alle neonazistischen Kundgebungen. Durch die Sabotage der demokratischen Entwicklung in Deutschland spielen diese Elemente das Spiel des russischen Imperialismus. Der Neonazismus fügt den deutschen Volksinteressen ungeheuren Schaden zu. Wir versichern der demokratischen deutschen Arbeiterbewegung die volle Solidarität und Unterstützung im Kampfe gegen das Wiederaufleben der verbrecherischen Politik eines Hitlerismus. Wir verpflichten uns, alles nur mögliche zu tun, dass die alliierten Mächte die Politik derer bekämpfen, die im Effekt dasselbe reaktionäre deutsche Grossunternehmertum ermutigen und stärken, welches Hitler finanzierte und heute einen Neonazismus begünstigt.

Matthew Woll

Vorsitzender des Freien Gewerkschafts-
komitees AFoL

- 0 - 0 -